

Frankreich: Fortgesetzte Empörung und Streik gegen die „Pandemiebewältigung“ (u.a.) im öffentlichen Schulwesen. Lehrer/innen/demo in Paris verboten, doch toleriert

Nach dem deutschsprachigen Raum hat nun auch Frankreich sein „Ibizagate“; zu Neid besteht also kein Anlass. Seit diesem Dienstag, den 18.01.22 ist das Wort in vieler Munde und bringt das amtierende Regierungskabinett in erhebliche Schwierigkeiten; alsbald wurden Rücktrittsforderungen an die Adresse des betreffenden Ministers laut.

Der Ausdruck vom „Ibizagate“ bezeichnet allerdings nicht dieselben Zusammenhänge wie in Österreich, wo Enthüllungen der deutschen Medien **Süddeutschen Zeitung** und **Spiegel** im Frühjahr 2019 eine Regierungskrise und den Sturz der damaligen Parteiführung der rechtsextremen FPÖ auslösten. Die Anführer dieser als legal betrachteten Nazibande (Vgl. <https://www.derstandard.de/consent/tcf/story/2000132645690/fpoe-kandidat-auf-frage-nach-zuletzt-gelesenem-buch-mein-kampf>) hatten sich anlässlich des Aufenthalts in einer Villa auf Ibiza, bei dem ein Video aufgezeichnet worden war, um Kopf und Kragen gelabert. (Vgl. <https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/2000103903057/warum-die-fpoe-trotz-ibiza-gate-nicht-komplett-abstuerzte>)

In Frankreich war es dagegen der amtierende Schulminister Jean-Michel Blanquer - er diente bis dato vor allem als eine Art konservativer Flügelmann in der Regierung des Wirtschaftsliberalen Emmanuel Macron -, welcher sich kürzlich auf der Baleareninsel aufhielt. Dort weilte er Ende Dezember 21 und Anfang Januar 22. Wie am Montag Abend (17. Januar 22) durch die linke Internetzeitung *Mediapart* publik wurde, befand Blanquer sich noch im Balearen-Urlaub, als er am Neujahrswochenende (01./02. Januar d.J.) der Boulevardzeitung *Le Parisien* ein längeres Interview erteilte, worin er das neue „Protokoll“ zur Pandemiebekämpfung und Kontaminationsvermeidung im Schulwesen verkündete. Die Redaktion des **Parisien** reagierte inzwischen, indem sie mitteilte, selbst nicht darüber informiert gewesen zu sein, dass der Minister während des telefonisch geführten Interviews in solcher Entfernung weilte und nicht etwa in einem Büro.

Auch ohne Aufenthalt unter der Mittelmeersonne hätten die damaligen Ankündigungen des Ministers, ihr Inhalt, vor allem aber ihre Art und Weise schon genügend schlechte Erinnerungen hinterlassen. Denn für einen Unterrichtsbeginn nach den vierzehntägigen Winterferien am frühen Morgen des Montag,

den 03. Januar 22 wurden die Beschlüsse, die eine Ausbreitung der Virusvariante Omicron im Bildungswesen eindämmen sollten, der Öffentlichkeit am Nachmittag des Sonntag, den 02. Januar 22 bekannt. Überdies mussten sich die Betroffenen – und die Organisation des Schulwesens betrifft, nimmt man Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen zusammen, in Frankreich immerhin rund zwanzig Millionen Menschen – an jenem Sonntag Nachmittag über einen Beitrag informieren, den **Le Parisien** hinter einer Bezahlschranke veröffentlichte.

Ein solches Ausmaß an Improvisierung rief schon damals böses Blut hervor. Mussten doch Eltern, sofern ein Kontaminations- oder „Kontaktfall“ innerhalb einer Schulklasse vorlag, in Anwendung des „Protokolls“ am selben Tag einen PCR-Test durchführen, zwei und vier Tage später dann jeweils einen Selbsttest zu Hause. An jenem Montag, den 03. Januar d.J. wuchsen folglich die Warteschlangen vor den Apotheken und Testzentren ins Unermessliche. Täglich wurden in jener Woche 1,5 Millionen Tests durchgeführt, viele davon im Zusammenhang mit den Schulen. Manche Eltern brachten zwei bis drei Stunden mit Wartezeiten zu, in einigen Fällen wurden sie entsprechendem Druck durch den jeweiligen Arbeitgeber ausgesetzt. Mittlerweile betrachtet die Regierung das „Protokoll“ deswegen als nicht anwendbar und ersetzte es, wie Premierminister Jean Castex persönlich am darauffolgenden Montag, den 10. Januar d.J. im Fernsehen ankündigte, durch ein neues. Dieses sieht nur noch ausschließlich Selbsttests durch die Eltern im häuslichen Wohnzimmer vor. Entsprechend wuchs aber auch die Zahl von Elternteilen, die einfach angeben, ein in Wirklichkeit nie durchgeführter Text sei negativ ausgefallen. Manche bekennen sich bei Facebook oder im Internet offenherzig dazu. Andere tun es schlechten Gewissens und mit dem Druck des Arbeitgebers im Nacken, welcher kein Fernbleiben etwa des alleinerziehenden Elternteils vom Arbeitsplatz toleriert.

Viele Eltern erlebten vor allem die ersten Tage im Januar 22 deswegen als eine administrative „Hölle“. Hätten sie damals gewusst, dass der Minister und seine Berater nicht etwa bis zur letzten Minute in Büros an einem schwierigen Regelwerk feilten, sondern schlicht & einfach vom Urlaubsort aus improvisierten, wären sie damals wohl massenhaft auf die Barrikaden gestiegen. (Bis dahin hieß es, die Regierung habe noch auf Daten zur Auswertung der Feiertagsfolgen vom Weihnachtswochenende 2021 sowie von der Sylvesternacht 2021/22 gewartet, bevor sie dann Anfang Januar d.J. ihr neues „Protokoll“ verkündete. Dies ist nicht zu einhundert Prozent falsch. Tatsächlich steckten sich auch im Umfeld des Verf.d.Z. – etwa innerhalb der Familie einer Anwältkollege des Autors – nachweislich etwa in der Sylvester-/Neujahrsnacht konkret Menschen neu an der Virusvariante Omikron an. Nichtsdestotrotz hat es offenkundig nicht

oder nicht hauptsächlich am Warten auf diese Auswertung gelegen, wenn Minister Blanquer gewissermaßen ziemlich freihändig oder hemdsärmelig an die Problematik heranging.)

Umgekehrt sehen nun allerdings, auch infolge des Abspeckens beim „Protokoll“, die Lehrkräfte durch die Ersetzung von Apotheken- durch Wohnzimmer-tests ihre eigene Infektionsgefährdung steigen, und reagieren ihrerseits mit Unmut darauf. Am 13. Januar 22 kam es deswegen zu einem bereits im Vorfeld auch in bürgerlichen Medien als „historisch“ bezeichneten Streik. Zu ihm rief ein breites Bündnis von Gewerkschaften im Bildungswesen auf, auf der Linken begonnen mit der Basisgewerkschaft SUD Education. Doch auch drei Gewerkschaften der leitenden Kräfte im staatlichen Bildungswesen, also der Schuldirektoren und Bediensteten der Schulaufsichtsbehörde, rufen dieses Mal mit zur Arbeitsniederlegung auf. Vergleichbares passiert nur alle paar Schaltjahre. Entsprechend massiv fiel die Streikbeteiligung aus, die Gewerkschaften bezifferten sie auf 75 % im besonders betroffenen Grundschulbereich.

Auch am Donnerstag dieser Woche, den 20. Januar 22 rufen mehrere Gewerkschaften erneut zum Ausstand im Bildungswesen auf, allerdings dieses Mal nicht zum landesweiten Streik, sondern zu Aktionen örtlicher Intensität, zu denen auf lokaler Ebene aufgerufen wird - das kann vom Anbringen eines Transparents bis zur Arbeitsniederlegung reichen. Dadurch versuchen die Gewerkschaften den Druck aufrecht zu erhalten, ohne die Unterstützung der Elternverbände zu verlieren. Letztere unterstützen den Ausstand am 13. Januar d.J., standen jenem am 20. jedoch skeptischer bis ablehnend gegenüber. Eine weitere Woche später werden die Lehrkräfte, dieses werden in Frankreich durchschnittlich rund halb so viel bezahlt wie in Deutschland, am 27.01.22 zusammen mit anderen Staatsbediensteten für ihre Bezahlung streiken.

Konkret fordern die Bildungsgewerkschaften in aller Regel nicht die Schließung der Schulen, sondern rufen vielmehr zu konkreten Lösungen für den Gesundheitsschutz auf. Dazu zählt die Verteilung von FFP2-Masken an Lehrkräfte; bislang wurden diese noch mit längst durch die Pandemieentwicklung überholten Stoffmasken ausgestattet, doch in Reaktion auf den Streik verkündete die Regierung Ende voriger Woche nun die Auslieferung von fünf Millionen FFP2-Masken. Auch wird vermehrt der Einbau von Luftfiltern diskutiert, wie auch in Deutschland. Bislang sind nur zwanzig Prozent der französischen Schulen mit solchen CO₂- oder Luftfiltern ausgestattet, die durch einen regelmäßigen Austausch der Atemluft einen gewissen Pandemieschutz bieten. Die Zentralregierung verweist darauf, für die Einrichtung von Schulen seien die Rathäuser zu-

ständig, denen man aber finanzielle Unterstützung zukommen lasse. Konkret zahlt die Regierung den Kommunen in den jeweiligen Einzelfällen zwischen zwei und fünfzig Euro zu, ein ordentlich funktionierender Apparat kostet jedoch knapp 300 Euro.

Auch fordern die Bildungsgewerkschaften seit anderthalb Jahren dazu auf, über Modell wie Klassenteilung, rotierende Klassenbesetzung - je eine Hälfte körperlich anwesend und die andere Hälfte im Distanzunterricht, danach im Wechsel (d.h. mittels einer Staffelung der Unterrichtszeiten) - und ähnliche Modalitäten nachzudenken. Bislang vergeblich.

Hinzu kommen Ideen wie die, dass – statt die Eltern stundenlang vor Apotheken Schlange stehen zu lassen, und Nasentests (PCR) bei davon mitunter traumatisierten Kindern auch jüngeren Alters durchzuführen – ja auch die Testzentren Abordnungen vor Ort in die Schulen schicken könnten, und dass harmlose Speichel- statt Nasendurchbohrtests durchgeführt werden könnten. Zumal diese Woche die medizinischen Institutionen verlautete, mutmaßlich seien die Speichelproben tests sogar effizienter, d.h. lieferten zuverlässigere Ergebnisse, als die Nasen-Aua-Tests.

In konkreten örtlichen Fällen wird all dies ja auch unternommen. So ordnete das konservativ geführte Rathaus von Taverny an, um die Kinder nicht länger zu traumatisieren, werde ein kommunales Speichelprobenzentrum eingerichtet, was jedenfalls laut diese Woche ausgestrahlten TV-Reportagen auch gut (und eben ohne heulende Kinder) funktioniert. Und eine ebenfalls diese Woche ausgestrahlte Reportage bei einem privaten TV-Nachrichtensender aus einer Privatschule in Bordeaux zeigt, dass es eben auch möglich ist, die Testzentren in die Schulen kommen und ihre Proben dort entnehmen zu lassen. (Auch in der Familie des Autors dieser Zeilen kam es bislang jedenfalls ein Mal vor, dass der Test vor Ort in einer Pariser Vorschule durchgeführt werden konnte, und durch Speichelentnahme bei den Kindern.)

In beiden Fällen, bei beiden Thelen (Speicheltests wie Vor-Ort-Probeentnahmen innerhalb der Schulen) hieß es bislang auf landesweiter Ebene schlicht, damit wären die Testzentren ggf. überfordert. Doch würde man schlicht genügend Mittel dafür aufwenden und ggf. auch Personal dafür einstellen, wäre nichts ein Ding der Unmöglichkeit!

Aktueller Zusatz N° 1: Happening vor dem Schulministerium:

Aus aktuellen Anlässen nahmen den französischen Grünen nahe stehende Aktivist/inn/en am Abend des gestrigen Mittwoch, den 19. Januar 22 an einem Happening vor dem Bildungsministerium teil – trotz unangenehmer Kälte in Badeanzügen tanzend, unter Anspielung auf Ibiza natürlich. Die Polizei setzte dem lustigen Treiben nach ein paar Minuten ein Ende, doch der erhoffte Medien- und Publikumseffekt war natürlich längst erzielt worden. An dem Happening nahm auch ein Doppelgänger von Minister Blanquer teil. Die Lacher waren garantiert. Angesichts der herrschenden Temperaturen gehörte wohl einige Überwindung dazu (auch wenn in Russland im Winter Menschen im Eis baden mögen)...

Vgl. dazu: https://www.francetvinfo.fr/politique/jean-castex/gouvernement-de-jean-castex/video-vacances-a-ibiza-des-manifestants-vetus-de-maillots-de-bains-et-de-masques-de-jean-michel-blanquer-dansent-devant-le-ministere-de-l-education-nationale_4922907.html

Und: https://www.bfmtv.com/politique/vacances-a-ibiza-un-rassemblement-devant-le-ministere-de-l-education-avec-un-sosie-de-blanquer_AV-202201190579.html

Oder: https://www.huffingtonpost.fr/entry/jean-michel-blanquer-a-ibiza-parodie-par-des-militants-devant-son-ministere_fr_61e88c8ae4b03874b2e09624

Aktueller Zusatz N° 2: Demo und Streik:

Eine am heutigen Donnerstag, den 20. Januar 22 stattfindende Demonstration streikender Lehrer/innen wurde am Abend des gestrigen Mittwoch, den 19.01.22 für verboten erklärt. Unter Berufung auf den geltenden pandemiebedingten Notstand (*état d'urgence sanitaire*, „gesundheitsbedingter Notstand“), während dessen Dauer öffentliche Versammlungen und Demonstrationen 72 Stunden zuvor angemeldet werden müssen und genehmigungspflichtig sind – außerhalb dieses Notstands sind Demonstrationen nur bis zu 24 Stunden vor ihrem Stattfinden anmeldungs-, jedoch nicht genehmigungspflichtig.

Konkret hatten die veranstaltenden Gewerkschaften es schlicht versäumt, eine rechtzeitige Anmeldung vorzunehmen, wohl, weil jeweils diesbezüglich die eine die andere vertraut hatte...

Zunächst verlautbarten die zuständigen Behörden schlicht, die Demonstration sei demzufolge „verboten“. Später fügten sie im Laufe des Abends hinzu, der

Demozug werde jedoch „**nicht ver/behindert werden**“. Er wird demnach also toleriert.

Vgl.: https://www.lemonde.fr/societe/article/2022/01/18/la-prefecture-de-police-interdit-la-manifestation-parisienne-des-enseignants-jeudi_6110018_3224.html

Und: <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/greve-des-enseignants-la-manifestation-a-paris-ne-sera-pas-empechee-20220119>

Die Demonstration ging um 14 Uhr vom **Jardin du Luxembourg**, einem zentral gelegenen Pariser Park, ab los. Zur Mittageszeit wurde verlautbart, die Streikbeteiligung sei landesweit gering ausgefallen. Aus dem Bildungsministerium war die Rede von einer Durchschnittsbeteiligung (frankreichweit) von 2 Prozent bis Mittag die Rede, gegenüber gut 31 Prozent (lt. derselben Quelle) eine Woche zuvor. Dabei ist das Ministerium jedoch traditionell stets um ein Herunterrechnen von Streikbeteiligungszahlen bemüht, etwa einerseits durch die Nichtberücksichtigung der Beteiligung an Protestformen – vom Transparent-Aufhängen bis zur Demonstrationsteilnahme –, sofern der Unterricht stattfindet. Andererseits werden etwa Lehrkräfte, die am fraglichen Tag gar keinen Unterricht hatten, in die Personalstärke mit eingerechnet und (mangels ausfallen könnenden Unterrichts) einfach als Nichtstreikende mitgezählt. Ansonsten ist unstrittig, dass die Streikbeteiligung vom vergangenen auf diesen Donnerstag zurückging. Und dies ist auch nicht verwunderlich, berücksichtigt man die oben aufgeführten Gründe, insbesondere das Ausbleiben eines überregionalen Aufrufs zum Streiken und die gewerkschaftliche Strategie, es bei je vor Ort unterschiedenen unterschiedlichen Aktionsformen zu belassen.

Artikel von Bernard Schmid vom 20.1.2022 – wir danken!

Siehe Hintergründe und den Artikel von Bernard Schmid vom 12.1.2022 im LabourNet Germany im Dossier: [Französische Gewerkschaften, Eltern und SchülerInnen mobilisieren zum Schulstreik gegen katastrophale Arbeitsbedingungen auch in 2022](#)